



# TOP 3: Bericht zu Schwerpunktthemen 2021

Wohnungspolitik

Anlage 4 zum Protokoll: Präsentation Wohnungspolitik

# Ziele der IHK in der Wohnungspolitik



Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum durch die Priorisierung von Neubau und Nachverdichtung



Sicherung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Wertschöpfung und Investitionen



Vermittler zwischen allen Akteuren der Wohnungswirtschaft und der Politik



# Aktuelle Handlungsfelder der Wohnungspolitik



- Gesetzliche Regelungen
- Mietendeckelentscheid
- Enteignungsvolksbegehren

# Novellierung der Landesbauordnung – Höhere Kosten statt Erleichterungen beim Neubau

- Von 18 geplanten Änderungen bedeuten 16 eine Erhöhung der Baukosten.
- Novellierung konterkariert die Solarpflicht auf Dächern: Verpflichtungen zur Dachbegrünung geben keinen Aufschluss über eine Priorisierung gegenüber Solarzellen.
- Stellungnahme der IHK gibt zudem weitere Anregungen für eine Verschlinkung der Landesbauordnung, beispielsweise durch die Auflösung von Doppelstrukturen bei der Einholung von Genehmigungen.
- Geplante Änderungen = falsches Signal für Restart der Berliner Wirtschaft nach der Krise!

Link zur IHK-Position: <https://www.ihk-berlin.de/blueprint/servlet/resource/blob/5042212/d9bf79a4a038b82853f689a7e480c194/stellungnahme-zur-novellierung-der-landesbauordnung-data.pdf>

# Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berliner Mietendeckel

15.04.

Erklärung der Rechtsungültigkeit des Berliner Mietendeckels durch das Bundesverfassungsgericht.

15.04.

Gemeinsame Stellungnahme der IHK Berlin und des VBKI: Schädliche Auswirkungen des Deckels bereits jetzt sichtbar. Aufruf zur Kooperation aller Akteure, insbesondere der Politik mit der Privatwirtschaft.



**Ziel der IHK-Aktivitäten:** Verankerung eines runden Tisches Wohnungsbau nach Hamburger Vorbild in den Koalitionsvertrag.



# Nach dem Deckel ist vor dem Deckel – Diskussion um bundesweiten Mietendeckel



- Berliner Mietendeckel scheiterte bereits an der Zuständigkeit, deshalb wurde keine inhaltliche Prüfung vorgenommen.
- Regelungskompetenz wäre beim bundesweiten Mietendeckel zwar gegeben, aber ein gesetzlich verordnetes Absenken von Mieten bei bestehenden Verträgen wäre ein Verstoß gegen das Grundgesetz (Art. 2 GG Vertragsfreiheit und Art. 14 GG Eigentumsgewährleistung).
- Stattdessen: Konzentration auf vorhandene Instrumente, wie Mietpreisbremse.

# Umgang mit der Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen – Zeitlicher Überblick 2021

Anlage 4 zum Protokoll: Präsentation Wohnungspolitik



26. Feb. bis 25.  
Juni =  
Sammlung der  
Unterschriften.  
Zielmarke =  
180.000

Bis Sept. 2021 =  
Abschluss der  
rechtlichen  
Zulässigkeitsprüfung  
durch Senat

26. Sept. 2021 =  
Falls Zielmarke  
erreicht wurde:  
Abstimmung  
über den  
Volksentscheid

10. Mai 2021:  
Vorlage eines  
Gesetzes-  
vorschlags  
durch  
Initiative

Juni bis Sept. 2021  
= Wahlkampagne  
für Volksentscheid

# Position der IHK: Enteignung schafft keinen Wohnraum



Fachpolitisch	Ordnungspolitisch	Rechtspolitisch
<p>Nur eine Beschleunigung des Neubaus kann das Wohnungsproblem lösen.</p>	<p>Die Soziale Marktwirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn ihre Wirkmechanismen den nötigen Freiraum bekommen.</p>	<p>Mit der Erwägung, private Wohnungsunternehmen zu vergesellschaften, sprengt die Berliner Politik die rechtlichen Grenzen der Verhältnismäßigkeit.</p>
<p>Enteignungsdebatten bewirken das Gegenteil: Investitionsstau auf Kosten des Neubaus sowie ökologischer Sanierungen.</p>	<p>Die Berliner Politik sollte nicht vergessen, dass nicht nur Unternehmen, sondern auch Wirtschaftsstandorte im Wettbewerb stehen.</p>	<p>Sehr begrenzter Kreis von begünstigten Personen bei gleichzeitig schweren Eingriffen in Eigentumsrechte.</p>



